

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 37 (2018)
Heft: 71

Buchbesprechung: Marginalien/Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bini Adamczak: **Beziehungsweise Revolution**. 1917, 1968 und kommende. Suhrkamp Verlag, Berlin 2017 (313 S.)

Wie lassen sich Revolutionen und das, was in ihnen zur Verhandlung steht, auf den Begriff bringen? Bini Adamczak legt eine inspirierende Analyse zweier revolutionärer Ereignisse vor und zieht daraus Schlüsse für eine Rekonzeptionalisierung emanzipatorischer Politik.

Die Semantik des Revolutionsbegriffs fördert zunächst einmal Unerwartetes zutage. Revolution heisst nämlich nichts anderes als «Umwälzung» und bezeichnete um 1800 die in stabilen Zyklen organisierte Bewegung der Planeten auf ihren Umlaufbahnen. Aus dieser kreisförmigen Wiederholungsbewegung entwickelte sich bald eine politische Semantik, in deren Zentrum der als *kairos* gefasste Umsturz stand, wie Alexander Honold in *Die Zeit schreiben* ausführt. Mit *kairos* ist die «günstige Zeit» gemeint, jener Zeitpunkt einer einzigartigen Konstellation also, der das Wagnis eines Bruchs begünstigt und damit die bislang als kontinuierlich imaginierte Geschichte in ein Vor- und Nachher teilt.

Bini Adamczak folgt diesem seit der Französischen Revolution dominanten und mit der Machtergreifung kongruenten

Revolutionsbegriff nicht. Im ersten, der Oktoberrevolution gewidmeten Teil ihrer Studie *Beziehungsweise Revolution* dekonstruiert sie ihn vielmehr als nachträgliche narrative Bearbeitung, durch welche die Ereignisse erst zu einer «kanonisierten Heldenerzählung», dem Werk einer zentralistisch organisierten Partei mit einem grossen Mann an der Spitze, geraten seien. In der Realität sei die Eroberung des Winterpalais in Petersburg ein weit weniger heroisches Unterfangen gewesen, das vor Missverständnissen und Unzulänglichkeiten strotzte und pointenhaft in der «Eroberung eines schlecht bewachten Weinkellers» gipfelte. Mit dieser Demystifizierung der Revolution geht die These einer «Postrevolutionären Depression» einher, die in der jungen Sowjetrepublik zu beobachten gewesen sei. Adamczak erläutert diesen Befund anhand literarischer Texte und macht als Ursache eine gewisse Langeweile aus, die sich in der sowjetischen Gesellschaft ausgebreitet und insbesondere die Kommunist*innen «traurig» gemacht habe. Bei näherer Betrachtung entpuppe sich dies als nicht offen diagnostizierbare, aber zwischen den Zeilen lesbare Sehnsucht nach dem Beziehungsreichtum sozialer Bewegungen und dem damit einhergehenden Glücksgefühl, das in der anstrengenden Zeit des Aufbaus der sozialistischen Ge-

sellschaft verloren gegangen sei. Aus dieser Beobachtung leitet Adamczak sodann ihren Fokus auf eine Politik der Beziehungsweise ab. Zudem formuliert sie weitere Thesen, die vom Scheitern des emanzipatorischen Anspruchs der Oktoberrevolution handeln. So interpretiert sie z. B. den Stalinismus als «Wiederaufführung der harten, aber romantischen Jahre des Bürgerkriegs», als Wiederbeleben einer Spannung, was unter den neuen Bedingungen aber in einen «entfesselten inneren Krieg» und schliesslich zur Auslöschung der Vielstimmigkeit, in den Totalitarismus geführt habe. (In *Gestern Morgen*, einer 2007 erschienenen Publikation der Autorin, wird der Linken im Übrigen eine aufarbeitende Trauerarbeit um die Toten und um den jede Emanzipation ins Gegenteil verkehrenden stalinistischen Terror empfohlen.) Diese Analyse führt Adamczak zu einer Kritik am Verständnis von Revolution als Negation im Sinn von Zerstörung der alten Welt. Solches drohe als «Revolutionsfetisch» zu enden, unter dessen Bedingungen das Begehren einzig auf Aktion und Spannung gerichtet sei und die Revolution letztlich vom Mittel zum Zweck verkomme. Sie schlägt daher eine Umkehrung des im Marxismus theoretisierten Verhältnisses von der langfristigen Entwicklung der objektiv-strukturellen Bedingungen und der kurzfristigen, subjektiv zu organisierenden Machtergreifung vor. Nicht der politische Umsturz soll im Zentrum emanzipatorischer Politik stehen, da dieser sich in krisenhaften Momenten ohnehin aus massenhaften Protesten ergebe, sondern die lange Phase zuvor. In dieser sei es wichtig, ein Netz aus relationalen «Beziehungsweise» zu knüpfen – sei es im Betrieb, in der Nachbarschaft oder in den Freundschafts- und Liebesbeziehungen. Wo in der ersten Konzeption von Revolution allzu sehr auf

das Militärische und Taktische fokussiert werde, stehen in Adamczaks Vorschlag die zwischenmenschlichen Beziehungen im Zentrum der Aufmerksamkeit – jedoch nicht als Politik des Klein-Kleins und der eigenen politisch korrekt lebenden WG, sondern mit gesamtgesellschaftlichem Transformationsanspruch. Mit dieser Wendung stellt Adamczak nicht zuletzt auch eine Strategie zur Verfügung, mit der sich die im herrschenden Diskurs zur Gretchenfrage stilisierte und die Linke immer wieder aufs Neue kriminalisierende Gewaltfrage konstruktiv umgehen lässt. Aus dieser Perspektive wird nicht auf die Negation des Alten fokussiert, sondern auf die Konstruktion des Neuen. Dazu passt auch Adamczaks Plädoyer für das Sistieren des Utopie- und Bilderverbots: Positive Gegenbilder und Ideen möglicher solidarischer Vergesellschaftungsformen seien trotz des Verdachts auf Fantasterei notwendig, um das Begehren nach eben solchen Lebensweisen wachzuhalten.

Der Fokus auf Beziehungen ergibt sich nicht zuletzt auch aus dem generellen Interesse an den Geschlechterverhältnissen, die – neben der Revolutionsfrage – im Zentrum von Adamczaks «materialistisch queerfeministischer Analyse» stehen. So analysiert sie im zweiten Teil, «Das Geschlecht der Revolution», die Revolutionswellen von 1917 und 1968 in Bezug auf deren geschlechtliche Arbeits- und Affektteilung. Leitend ist dabei die Fragestellung, auf welche Art und Weise Dinge, Prozesse, Institutionen und Verhaltensweisen vergeschlechtlicht werden. Die aus vielen originalen Einzelbeobachtungen gewonnene Schlussfolgerung lautet sodann, dass auch der frühe Sozialismus bei aller weiblichen Emanzipation und in Ansätzen vorhandenen Offenheit für nicht binäre Geschlechtervorstellungen eine männliche Norm als

hegemonial erklärt habe. Diese Höherwertung des Männlichen bringt Adamczak auf die einfache Formel: «Das Alte, traditionelle bis konterrevolutionäre, ist weiblich, das Neue, progressive bis revolutionäre, ist männlich.» Auf der Ebene des Dresscodes stehen dafür symbolhaft die «machohaften schwarzen Lederjacken» der Bolschewiki. Unter solchen Prämissen gehe jedoch das Potenzial der abgewerteten Weiblichkeit verloren: die Fähigkeit zur Fürsorge, zur Anerkennung zwischenmenschlicher Abhängigkeit, zur Kompromiss- und Versöhnungsbereitschaft. Daran anschließend plädiert Adamczak für das Aufweichen der zweigeschlechtlichen Struktur, da erst die Auswahlmöglichkeit aus dem gesamten «Ensemble vergeschlechtlichter menschlicher Eigenschaften» sowohl helfende und sich gegenseitig unterstützende als auch konfliktfähige Interaktionen ermöglichen.

Eine umgekehrte Vergeschlechtlichungstendenz macht Adamczak schließlich für die Bewegung von 1968 aus, die sie unter das Vorzeichen der «differenziellen Feminisierung» stellt. Der in der Phrase enthaltene Begriff der Differenz umfasst dabei sowohl die Flexibilisierung der «fordistischen Arbeitsorganisation, staatlichen Bürokratien, verwalteten und disziplinierten Lebensformen» als auch die Pluralisierung der (antikolonialen, feministischen, studentischen und ökonomischen) Kämpfe, die in einem kurzen, 1968 mit 1917 vergleichenden Epochenabriss nachgezeichnet werden. «Feminisierung» bezeichnet dagegen einen Befund, der angesichts der bekannten männlichen Dominanz in den Organisationen der 1968er, z. B. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund, erst einmal erstaunt. Gemeint ist damit der Versuch, eine Theorie und Praxis infrage zu stellen, die mit dem Begriffsinstrumentari-

um von Haupt- und Nebenwiderspruch gleichsam eine Hierarchisierung von männlich codierter Produktions- vor weiblich codierter Reproduktionssphäre vornahm. Mit diesem nach Adamczak 1968 einsetzenden Fokus auf Weiblichkeit, der sich auch als zunehmende Sichtbarkeit des Privaten in der Öffentlichkeit beschreiben lässt, seien allerdings auch die Frauen als Konsumentinnen in den kapitalistischen Interessenbereich gerückt. Dies veranlasst die Autorin zu einer hellsichtigen Analyse des neoliberalen «Differenzkapitalismus», wie überhaupt in der ganzen Studie immer wieder gut verständliche, kritische Exkurse zu diversen (post)strukturalistischen Theorien zu finden sind (zu Saussure, Derrida und Butler bes. S. 228–238).

Das Ziel der Rekonstruktion der beiden revolutionären Sequenzen von 1917 und 1968 liegt, wie unschwer zu erkennen ist, aber nicht nur in einer blossen Analyse. Adamczak setzt die historischen Erfahrungen vielmehr in ein kritisches Verhältnis zueinander, um das in beiden Aufbrüchen ihrer Ansicht nach unabgeholte Potenzial freizulegen. Die Voraussetzung dafür sei das Abarbeiten an den jeweiligen Beschränkungen und Verdrehungen – des Totalitarismus auf der 1917er-Seite und der Anschlussfähigkeit an neoliberale Freiheit und Heterogenität auf der 1968er-Seite. (Was freilich nicht vor erneuten Fehlern schützt, Adamczak warnt ausdrücklich vor vermeintlich «reiner» linker Politik.) Das Ergebnis ist ein Vorschlag, der an einem rekonzeptionalisierten Revolutionsbegriff gegen die Hegemonie des Kapitalismus festhält und den Begriff der Solidarität zu füllen sucht. So ist denn auch das letzte Kapitel den (wieder) zu findenden und (weiter) zu entwickelnden solidarischen Beziehungsweisen gewidmet. Es führt noch einmal in konzentrierter Form vor Augen,

warum das konfliktfähige Gemeinsame und Kooperative attraktiver als Konkurrenz und Vereinzelung ist.

Julia Klebs

Martin Birkner / Thomas Seibert (Hg.):
Kritik und Aktualität der Revolution.
Mandelbaum Verlag, Wien/Berlin 2017
(258 S.)

Ist eine revolutionäre Umwälzung hundert Jahre nach der Russischen Revolution noch möglich und sinnvoll? Diese Frage werfen Martin Birkner und Thomas Seibert in der Einleitung zum Sammelband *Kritik und Aktualität der Revolution* auf. In verschiedenen, teils einander widersprechenden Aufsätzen versuchen insgesamt zwölf Autor*innen, Antworten zu geben. Dabei beleuchten sie das semantische Feld der «Revolution» und die verschiedenen Vorstellungen von revolutionären Subjekten («Proletariat», «soziale Bewegungen»). Ein weiteres Thema sind Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die in Vergleich verschiedener revolutionärer Phasen betrachtet werden. Bezogen auf die Gegenwart verweisen mehrere Artikel auf die besondere Aktualität der ökologischen Krise und formulieren Vorschläge, wie ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel daraus herausführen könnte. Die zumeist philosophisch argumentierenden Autor*innen zielen darauf ab, Begriffe zu finden, mit denen eine radikale Umwälzung der bestehenden Verhältnisse überhaupt gedacht werden kann. Sie schliessen dabei insbesondere an Marx, den Poststrukturalismus sowie den Postoperaismus an; auch feministische Stimmen finden Eingang. Da die elf Artikel kaum auf einen gemeinsa-

men Nenner zu bringen sind, fokussiert diese Rezension auf zwei der im Sammelband enthaltenen Aufsätze.

Der österreichische Philosoph Karl Reitter thematisiert in seinem Aufsatz «Klassenbewusstsein oder Arbeiterbewusstsein? Kann es heute noch eine proletarische Revolution geben?» die von verschiedener Seite vertretene These, dass das Proletariat als revolutionäres Subjekt Geschichte sei. Er zeichnet ihre Argumentation nach und problematisiert, dass der Begriff des Kapitals zwar häufig verwendet, dessen Gegensatz aber verleugnet werde: «Aber wie kann es ein Kapital geben ohne Proletariat? Das ist so eigenartig, wie die Existenz von Bergen zu behaupten, aber zu meinen, die Täler wären verschwunden.» (S. 17) Unter Bezugnahme auf Begrifflichkeiten (post-)marxistischer Autor*innen wie Michael Hardt und Antonio Negri sowie Marcel van der Linden und Karl-Heinz Roth begründet Reitter sodann sein Festhalten am Begriff des Proletariats. Dabei greift er auf die marxsche Begriffsbestimmung zurück und grenzt die Begriffe «ArbeiterInnenklasse» und «Proletariat» gegeneinander ab: Der marxsche Proletariatsbegriff sei nicht an ein bestimmtes Bewusstsein oder an die Existenz einer spezifischen Arbeiterkultur gebunden – vielmehr verstehe Marx das Proletariat als den einen Pol eines sozialen Verhältnisses. Arbeiterbewusstsein ohne Klassenbewusstsein werde durch die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften repräsentiert, denen Reitter attestiert, für eine die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse affirmierende Ausweitung der Lohnarbeit zu stehen. Aus einer klassenbewussten Politik resultiere dagegen die Zurückweisung und Überwindung dieser Verhältnisse. Neben der proletarischen Revolution bezieht sich Reitter auf das bedingungslose Grundeinkommen, das aus einer klassen-

bewussten Haltung gefordert würde. An dieser Stelle stellt Reitter eine Behauptung auf, die er im Gegensatz zu seiner ansonsten verständlichen und konsistenten Argumentation nicht näher begründet – zumal es aus linker, gerade auch klassenbewusster Perspektive durchaus Kritiken am bedingungslosen Grundeinkommen gibt, die zur Kenntnis genommen werden könnten. Der teilweise etwas saloppe, mit eingängigen Metaphern ergänzte Aufsatz Reiters endet in einer aus seiner Sicht erfreulichen Einschätzung der gegenwärtigen Linken: Diese handle häufig bereits im Einklang mit dem Postulat einer klassenbewussten Haltung.

Wie Karl Reitter beginnen der US-amerikanische Literaturtheoretiker Michael Hardt und der italienische Philosoph Sandro Mezzadra damit, eine verbreitete These infrage zu stellen. In linken Kreisen gebe es viele Stimmen, die angesichts einer global erstarkenden Rechten gar nicht mehr von Revolution sprechen wollen. Dies hinterfragen Hardt und Mezzadra, indem sie einen historischen Vergleich zur Situation vor der Russischen Revolution ziehen. Dabei argumentieren sie, dass im frühen 20. Jahrhundert die Befreiungskämpfe innerhalb Europas ebenfalls nicht sonderlich ausgeprägt gewesen seien. Hardt und Mezzadra legen – gemäss ihrem postoperaistischen Hintergrund – einen klaren Fokus auf soziale Kämpfe und Bewegungen, denen sie – im Unterschied zur Zeit vor der Russischen Revolution – durchaus eine gewisse Bedeutsamkeit zusprechen. Von dieser Beobachtung ausgehend stellen sie weniger die Frage nach strukturellen Bedingungen für eine Umwälzung, sondern danach, wie eine Revolution herbeigeführt werden kann. Im Anschluss an Lenin führen Hardt und Mezzadra «revolutionäre Ereignisse» auf eine «unermessliche Akku-

mulation politischer Aktivitäten» zurück – die verschiedenen Proteste würden sich zu einem «Mosaik» fügen, das eine «zukünftige Transformation» anzustossen vermöge. Wenn Kämpfe also nicht mehr isoliert voneinander geführt, sondern themen- und regionenübergreifend verflochten würden, «bilden sie den Stoff eines Gewebes, das es uns erlaubt, uns ein Ereignis vorzustellen, das die Grenzen unseres politischen Vorstellungsvermögens noch einmal sprengen wird» (S. 117). Konkret beziehen sich die Autoren auf die Kämpfe von Migrant*innen, auf die Antiglobalisierungsbewegung, die Aufstände und linken Regierungen in Lateinamerika, die Platzbesetzungen in Nordafrika, der Türkei und Südeuropa sowie die Occupy-Bewegung. Als Problematik erkennen sie die offensichtliche Kurzlebigkeit dieser Bewegungen. Die Autoren plädieren, wieder im Anschluss an Lenin, für eine «Strategie der Doppelherrschaft», also dafür, unter den Bedingungen bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft eine «Assemblage von Gegenmächten» zu bilden, die neben dem bürgerlichen Staat besteht – analog zur parallelen Existenz von Sowjets und der «Provisorischen Regierung» in Russland zwischen Februar und Juli 1917. Wie schon Reitter schliessen Hardt und Mezzadra optimistisch: Geschichte sei, und daran erinnere das Jahr 1917, ein offener und unvorhersehbarer Prozess – und es sei an der Zeit, gross zu denken, da das gegenwärtige System realistisch gesehen gar nicht reformiert, sondern bloss umfassend transformiert werden könne.

Die im Sammelband enthaltenen Aufsätze folgen keinem roten Faden. Dies machen die Herausgeber bereits im Vorwort deutlich, wo sie darauf verweisen, dass die einzelnen Beiträge in beliebiger Reihenfolge gelesen werden können. Als gemeinsame Klammer gelten dabei drei geteilte Positio-

nen: Der historische Prozess sei offen und also gebe es keine Garantie, dass die Kämpfe, die geführt werden, ihre Ziele verwirklichen; es existiere kein einheitliches revolutionäres Subjekt, das sich im Umwälzungsprozess bestätige bzw. herstelle; die «Partei» sei insoweit eine Möglichkeit, als sie ein Ding der Unmöglichkeit darstelle (S. 10).

Aus dieser Anlage des Sammelbands ergibt sich der Nachteil, dass eine vertiefte Darstellung der verschiedenen Argumentationen kaum möglich ist. Einigen Aufsätzen mangelt es, wohl unter anderem wegen Fehlens einer konsistenten Offenlegung der eigenen Prämissen, auch an Nachvollziehbarkeit für die Leser*innen.

Andererseits bietet der Band einen ersten Einblick in unterschiedliche Ansätze, die je nach theoretischen und politischen Anliegen weiter vertieft werden können. Dabei ist die Vielstimmigkeit der Autor*innen durchaus bemerkenswert. So spiegelt das Buch gewissermassen auch die Notwendigkeit, eine vielgestaltige Antwort auf die Frage nach der Aktualität der Revolution sowie die damit in Verbindung stehenden Fragen zu geben. Denn die bestehenden Verhältnisse können nur dann wirksam verändert werden, wenn innerlinke Grabenkämpfe überwunden werden.

Rahel Locher

Didier Eribon: **Gesellschaft als Urteil.**
Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013
(320 S.)

Mit der 2016 veröffentlichten deutschen Übersetzung von *Rückkehr nach Reims* wurde der französische Soziologe Didier Eribon schlagartig zu einem der meistdiskutierten Autoren im deutschen Sprach-

raum. Mit dem ursprünglich 2009 veröffentlichten Buch ist Eribon ein Werk gelungen, das ihn weit über sein bisheriges Publikum hinaus bekannt machte. In einer spannenden Verbindung aus Selbst- und Gesellschaftsanalyse geht er einerseits der Frage nach, wie es dazu kommen konnte, dass sich seine Familienangehörigen – wie zahlreiche andere Menschen aus der ArbeiterInnenklasse – von der Kommunistischen Partei ab- und dem Front National zuwandten. Zugleich versucht er zu verstehen, wie sein Lebenslauf ihn selbst verändert hat und warum es für ihn so schwer geworden ist, an jenen Ort (Reims) zurückzukehren, an dem er aufgewachsen ist. Diesen Lebenslauf nimmt er als zweifache Flucht wahr: Didier Eribon hat die ArbeiterInnenklasse verlassen, um sich unter die Intellektuellen zu begeben; zugleich ist er aus einer Welt rigider heteronormativer Sexualvorstellungen ausgebrochen und im Pariser Schwulenmilieu angekommen.

Das 2013 geschriebene und 2017 auf Deutsch übersetzte Buch *Gesellschaft als Urteil* ist gewissermassen die Fortsetzung von *Rückkehr nach Reims*. Die Ouvertüre beginnt denn auch mit der Feststellung: «Nun muss ich also auf sie zurückkommen.» (S. 9) Und nur wenige Sätze später hält Eribon fest, eine Rückkehr sei niemals abgeschlossen, ja sie lasse sich gar nicht abschliessen. Es geht in diesem Buch allerdings nicht allgemein um Variationen einer Rückkehr zu den Anfängen. Das Thema ist weitaus spezifischer und betrifft das besondere Verhältnis linker Intellektueller zur ArbeiterInnenklasse. Didier Eribon, der aus dieser Klasse hervorgegangen ist, kann und muss diesbezüglich von einer Rückkehr sprechen. Dies gilt nicht für andere Autorinnen und Autoren (wie zum Beispiel Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir, von denen in diesem Buch oft die

Rede ist), die im bürgerlichen Milieu aufgewachsen sind.

Was macht diese Rückkehr so schwierig und herausfordernd? Es ist die Scham, «la honte», die sich als zentrales Thema des Buchs erweist. Der erste Teil ist denn auch mit «Hontoanalyse» überschrieben – eine glückliche Wortschöpfung, die Eingang in den Kanon soziologischer Schlüsselkonzepte finden sollte. Eribon erinnert sich daran, wie er sich als Jugendlicher dafür schämte, anders zu sein als die anderen: literarisch interessiert im ArbeiterInnenmilieu und schwul in einer offen homophoben Welt. Er beobachtet allerdings auch, wie sich diese Scham im Lebensverlauf verändert oder verschiebt. Eribon schämt sich heute als Intellektueller, der seine Homosexualität öffentlich bekannt gemacht und in eigenen Publikationen thematisiert hat, für sein Herkunftsmilieu. Zugleich bleibt er bis zu einem gewissen Grad fremd im Pariser Intellektuellenmilieu, das ihm immer wieder zu verstehen gibt, dass er nur ein Emporkömmling aus der ArbeiterInnenklasse sei, dem die langfristige, sich über Generationen erstreckende Zugehörigkeit zur geistigen Elite abgehe.

Es ist bewundernswert, mit welcher Aufrichtigkeit, Offenheit und Reflexivität Didier Eribon sich den Herausforderungen dieser Rückkehr stellt. Besonders der erste Teil des Buchs («Hontoanalyse») ist brillant geschrieben und fesselt den interessierten Leser, der unweigerlich beginnt, auch über seine eigene Laufbahn nachzudenken (ich verspüre beispielsweise eine durchaus ähnliche Scham in Bezug auf die periphere und kulturell dominierte, ja oftmals verspottete Region, in der ich als Arztsohn aufwuchs: die Ostschweiz). Eribon fragt sich, weshalb er aus der Fotografie, welche der Verlag auf der Titelseite der Taschenbuchausgabe von *Rückkehr nach Reims* ab-

druckte, zuvor seinen Vater herausschnitt, sodass von ihm nur ein Hemdzipfel zu sehen ist. Und warum er sich nicht dazu überwinden konnte, seine Mutter zu fragen, ob sie sich für Pierre Bourdieus soziologische Untersuchungen über *Das Elend der Welt* interviewen lassen würde. Mit Bourdieu war Eribon seit 1979 bis zu dessen Tod im Jahr 2002 befreundet. Seine Rückkehr ist offensichtlich von Bourdieus *Soziologischem Selbstversuch* inspiriert. Doch kritisiert er Bourdieu dafür, bei der Selbstanalyse das Habituskonzept zugunsten der Feldanalyse in den Hintergrund gestellt zu haben und viel zu wenig tief in sein Familien- und Privatleben eingedrungen zu sein (S. 73ff.).

Eribon versucht dennoch, dem Weg Bourdieus (auch er ein «Klassenflüchtiger») zu folgen. Nicht aus dessen *Soziologischem Selbstversuch*, sondern aus der Würdigung des kabyliischen Dichters Mouloud Mammeri lassen sich Möglichkeiten einer «Odyssee der Wiederaneignung» (S. 86) herauslesen, welche die linken Intellektuellen von der Alternative befreit, die populären Klassen entweder populistisch zu verklären oder von oben auf sie herabzuschauen. Auf dem Weg der verstehenden Sozioanalyse, d. h. unter Einsatz der im Studium erworbenen Konzepte und Instrumente, wird es möglich, sich im Geiste an die Stelle der Menschen zu versetzen, die einem fremd sind (oder fremd geworden sind). Die durch den beruflichen Werdegang hergestellte soziale Distanz zwischen Herkunftsmilieu und Klassenflüchtigem lässt sich dadurch natürlich nicht wegzaubern. Aber es ist zumindest ein Weg gewonnen, der eine «Konversion des Blicks» (S. 58) erlaubt und verhindert, das gesellschaftliche Urteil über die Angehörigen der populären Klassen unreflektiert zu reproduzieren – und damit den Klassenverrat, den man durch den sozialen Aufstieg unweiger-

lich begangen hat, durch den Einsatz symbolischer Gewalt zu verdoppeln.

Die Auseinandersetzung mit Bourdieu ist zentral in diesem Buch. Eribon bespricht darüber hinaus aber eine Vielzahl von Quellen, sozialwissenschaftliche Studien ebenso wie Romane und autobiografisch gefärbte Schriften. Immer wieder sucht er nach Beispielen, wie andere sich dem Problem der Rückkehr (nicht) gestellt haben: offen oder verdeckt, reflektiert oder unbemerkt. Weniger als erwartet erfährt der Leser dabei über das wesentlich autobiografische Werk der französischen Schriftstellerin Annie Ernaux, obwohl der zweite Teil des Buchs nach ihr benannt ist. Prominent diskutiert werden neben Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir (die Eribon persönlich kannte) insbesondere Marcel Proust, Michel Foucault, Claude Simon, Richard Hoggart, Paul Nizan und Raymond Williams.

Am Beispiel Paul Nizans diskutiert Eribon die Fallstricke der marxistischen Versuchung, eine Verbindung zur ArbeiterInnenklasse durch die Proklamation kommunistischer Politik und revolutionärer Programmatik herstellen zu wollen. Diese «Arbeiter im Geiste», die aber «Intellektuelle von Beruf» sind (S. 201), begehen den Fehler zu glauben, die ArbeiterInnenklasse sei «nicht nur soziologisch, sondern auch politisch konstituiert» (S. 194) und könne als politisches Subjekt direkt angerufen werden. Der in den Eliteschulen des Landes ausgebildete Philosoph oder Schriftsteller bleibt ein Intellektueller, der in einer anderen Welt lebt als die ArbeiterInnen, und läuft Gefahr, diese durch seine theoretischen und politischen Stellungnahmen zu instrumentalisieren. Am Beispiel des britischen Kulturoziologen Richard Hoggart, einem Begründer der Cultural Studies, zeigt Eribon wiederum auf, wie die

Verteidigung der ArbeiterInnenklasse gegen die Behauptung, es gebe gar keine Klassen mehr, zur konservativen Affirmation von Alltagskulturen und Geschlechterrollen führen kann (S. 205ff.).

Die Scham, so zeigt dieses Buch auf, kann also dazu führen, dass Intellektuelle aus der ArbeiterInnenklasse das vorherrschende gesellschaftliche Urteil über ihr Herkunftsmilieu unreflektiert reproduzieren. Die Hontoanalyse jedoch kann auch neue emanzipatorische Bedeutungen freilegen und Widerstände nicht nur sichtbar machen, sondern auch ermutigen. In der Scham steckt deshalb auch eine Kraft, die wir uns aneignen können. Didier Eribon zitiert den jungen Marx, der in einem Brief an Arnold Ruge auf den Einwand antwortet, aus Scham mache man keine Revolution: «Ich antworte: die Scham ist schon eine Revolution; [...] Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrte. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie wie ein Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht.» (S. 264)

Nun schwebt Eribon nicht, wie Marx, die eine grosse Revolution vor. Stattdessen hofft er auf die Verbindung und Artikulation verschiedener Widerstände und Aufbegehren; an einer Stelle fällt sogar der Begriff Intersektionalität, den er allerdings in Führungszeichen setzt (S. 124). Doch wie anregend sein Essay auch ist, so bleibt doch der Eindruck zurück, Didier Eribon habe Pierre Bourdieu vielleicht in der Selbstanalyse übertroffen, bleibe aber in der Gesellschaftsanalyse deutlich hinter ihm zurück. Letztlich dominiert in *Gesellschaft als Urteil* eine allzu einfache Gegenüberstellung von oben und unten, die zu wenig Raum für Ausdifferenzierungen, Querverbindungen und überraschende Entdeckungen lässt. Auch der durch Eribon verschmähte Begriff des Feldes wäre zu rehabilitieren, erlaubt er

es doch, verschiedene Pole der intellektuellen oder akademischen Welt zu beschreiben – nicht anhand der bewussten Stellungnahmen, sondern der oftmals kaschierten sozialen Merkmale und Ressourcen. Es ist genau die weder einfach binäre noch durch ein unverbundenes Nebeneinander von Geschichten und Kämpfen geprägte, sondern chiasmatisch, gewissermaßen übers Kreuz angelegte Struktur des sozialen Raums, die in den Blick genommen werden muss, um zu verstehen, wie Kämpfe in verschiedenen Bereichen des sozialen Raums miteinander verknüpft sind.

Wenn Didier Eribon die algerische Autorin Assia Djebar als Beispiel nennt, wie eine Frau «in der Sprache des Feindes» (nämlich auf Französisch) über ihr Leben und den Kampf der Kolonisierten schreibt (S. 254–257), stellt sich die Frage, wie weit die Analogie zu seinem eigenen Unterfangen trägt. Inwiefern schreibt Eribon tatsächlich in der Sprache des Feindes? Die Beziehungen zwischen Kolonialherren und Kolonisierten lassen sich nicht einfach mit jenen zwischen Intellektuellen und der Arbeiterklasse gleichsetzen. Zudem sprechen (linke) Intellektuelle nicht genau dieselbe Sprache wie UnternehmerInnen, ManagerInnen und PolitikerInnen, die zumindest ebenso gut als die Feinde der ArbeiterInnenklasse durchgehen könnten. Anders gesagt: Djebar stellt das Französische anderen Sprachen gegenüber, während es bei Eribons Rückkehr um gesellschaftlich unterschiedlich bewertete Variationen von französischer Sprache und Kultur geht – dem Soziolekt und Habitus der Klasse, aus der Eribon ausgebrochen ist, und demjenigen des intellektuellen Milieus.

Bourdieu macht auf solche Fragen weiterführende Reflexionsangebote. Genannt seien zwei: 1) In der vorherrschenden Kultur steckt auch ein universalistisches Moment,

auf das sich Kämpfe stützen können. Sie ist also niemals ausschliesslich «die Sprache des Feindes», sondern stets auch ein Instrument, mit dem der Feind angegriffen werden kann. 2) Das Feld der herrschenden Klasse differenziert sich zwischen einem ökonomischen und einem kulturellen Pol aus – eine fundamentale Differenz, die unterschwellig auch mit Geschlechterdifferenzen artikuliert wird. Nicht wenige RepräsentantInnen der wirtschaftlichen (und teilweise auch der politischen) Elite stehen der einheimischen ArbeiterInnenklasse kulturell näher als die (klassenflüchtigen) linken Intellektuellen. Wenn diese sich zum Beispiel über Trumps Twitter-Sprache mokieren, fühlen sich Angehörige der ArbeiterInnenklasse mit angegriffen. Wenn jemand vom Schlage Trumps sich dagegen über Akademiker und Experten lustig macht, die nur denken und nichts anpacken, gibt er deutlich zu verstehen, dass es sich nicht um «richtige Männer» handelt. Die homophobe Kultur des ArbeiterInnenmilieus übersetzt die Botschaft in die binären Codes des Geschlechterregimes. Und zumindest wer nicht studiert hat, versteht sofort: die Intellektuellen sind die Schwulen der herrschenden Klasse.

Peter Streckeisen

Christoph Brunner / Niki Kubaczek / Kelly Mulvaney und Gerald Raunig (Hg.): **Die neuen Munizipalisten.** Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte. transversal texts, Wien/Berlin/Zürich 2017 (www.transversal.at) (145 S.)

Neue Gespenster gehen um in den politischen Diskursen Europas. In einigen Metropolen ist etwas in Bewegung, phantas-

magorisch oder manifest, das die politisch-ökonomische Hegemonie kritisch angeht und sich anschickt, die Institutionen nicht einfach zu übernehmen, sondern auch zu verändern. Die munizipalistischen sozialen Bewegungen kämpfen auf lokaler und translokaler Ebene für demokratischere Formen der Politik, als mögliche Antwort auf das Paradox, dass linkes Regieren, wie Gilles Deleuze sagt, eigentlich unmöglich ist. Es handelt sich bei diesen Gespenstern nicht um eine Doktrin, sondern um eine Art fortwährendes im gemeinsamen Handeln. Die Munizipalisten sind eine Praxis, die den Politiken der Alternativlosigkeit das Fürchten lehren kann. Das Buch *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte* ist ein hochwillkommener Versuch, diese Praxis zu erklären und weiterzudenken.

Die Herausgeber*innen von transversal texts stellen sich selbst als «Mitte eines Werdens, das niemals Verlag werden will», vor. Nach einem Konzept von Félix Guattari benannt, liegt der Fokus auf poststrukturalistischer Philosophie, politischer Theorie und Aktivismus, wobei aber gerade das Theoretische eine Dringlichkeit aufweist, die aktivistisch zu nennen ist. Insbesondere die Onlinepräsenz von transversal texts macht dies deutlich: Hier zeugen drei verschiedene Spezifikationen publizistischer Sorgearbeit von einer vielschichtigen Maschine politischer Intervention. Vom Flugblatt oder von einzelnen Übersetzungen, Interviews und Essays im «Blog» über die immer mehrsprachigen Beiträge im «Journal» bis hin zu den über zwanzig Buchpublikationen in etwas über drei Jahren stehen vielfältige Formate zur Verfügung, minoritäres Wissen zu hegen und zu pflegen. Diese Praxis versteht transversal texts als «Aufstand der Verlegten», eine publizistische Selbstermächtigung gegen die Nor-

men von Peer-Reviews und anderen standardisierten Formaten.

Neben queer-feministischen, antirassistischen und politkünstlerischen Perspektiven liegt eine Spezialität des transversal-Verlages bei aktivistischen Positionen aus Spanien, wovon beispielsweise Übersetzungen der Precarias a la deriva oder von Raúl Sánchez Cedillo zeugen. Hier schliesst sich das Kompendium zu den Munizipalisten an. Nach einer ausführlichen Einführung in die Genealogien dieser Diskurse im Vorwort versammelt das «Munizipalistische Manifest» weitab vom Pathos klassischerer Manifeste pragmatische Feststellungen: Die alten Institutionen reichen nicht mehr, Basisnetzwerke sollen die Schwelle zur politischen Mitwirkung für alle senken. Es braucht «munizipale Dienstleistungen» statt Privatisierungen, autonome Kommunikationsmittel und gemeinsame Räume der Begegnung. Ein «sozialer Syndikalismus» wird gefordert, da Prekarisierung neue Formen von Gewerkschaft notwendig macht. Der Austeritätspolitik soll mit «koordiniertem Ungehorsam» begegnet, gegen die grassierenden Rassismen und Faschismen ein «Europa der rebellischen Städte» konstituiert und das bewegungslose Europa der Nationalstaaten und EU-Institutionen unterwandert und gebrochen werden.

Die Beiträge der Philosophin Montserrat Gálceran Huguet, die für die munizipalistische Ahora Madrid im Gemeinderat von Madrid sitzt, verdeutlichen, wie im Munizipalismus die «exklusive Militanz» einer leninistischen berufsrevolutionären Avantgarde von einer durchlässigeren Figur abgelöst wird, die an den Erfahrungen feministischer Bewegungen geschult ist und eine egalitäre, auf gegenseitiges Abhängigsein beruhende Vorstellung von Politik ins Auge fasst. Frauengesichter im Par-

lament sind nur ein erster Schritt eines tiefgreifenderen Entmaskulinisierungszyklus, worin die Vertretung in der Institution einzig als «Transmissionsriemen einer breiten Veränderungsbewegung» dient. Praktisch naheliegend, doch nicht minder weitreichend ist zudem ihr Vorschlag, das grosse Potenzial der unzähligen arbeitslosen und prekären Hochschulabsolvent*innen politisch zu nutzen.

Um den Begriff «Konfluenzen» (Zusammenflüsse) skizziert Gerald Raunig eine kritische Philosophie des Munizipalismus. Diese problematisiert Vorstellungen der Linearität politischer Machtübernahme, der staatsbürgerlichen Subjektivierungen durch Abgaben sowie den ausschliessenden Lokalismus und verweist auf eine «Subsistenz der wilden Sorge im Barrio». Die munizipalistischen Konfluenzen wirken dabei gegen Einheit und Vereinheitlichung und zeigen sich viel mehr zapatistisch als postgramscianisch: «Das Kämpfen, das Denken, das Fragen geht weiter, nicht einfach im Sinne der Verschiebung von Hegemonie, sondern als ständiger Kampf gegen Normalisierung und Totalität, gegen Fügung und Fügbarkeit.»

Manuela Zechner stellt darauf in ihrem Text die spinozistische Frage nach dem Vermögen eines Körpers. Ausgehend von der Frage, wie das «apriorische Spiel» in den «maskulinen Hallen der Macht» verändert werden kann, beschreibt sie ein Werden, das immer den Körper durchquert. So erlebte die munizipalistische Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, während ihrer Kampagne «körperliche, relationale und affektive» Umschulungsprozesse, die von Aktivist*innen treffend beschrieben werden: «Das ist nicht meine Revolution, wenn ich in ihr nicht weinen kann». Gegenüber dem «Fitness, Koks und Kaviar» der neubürgerlichen Kräfte propagiert Zech-

ner ein «subjektives Hacking», ein Neuschreiben des «Codes des «normalen» Bürgers». Aber, und dies unterstreicht den nachhaltigen Charakter der Munizipalisten, «Sorge braucht Zeit» und «lange Prozesse des Zuhörens und Spürens».

Im Zentrum der Publikation steht der Beitrag von Kelly Mulvaney, die sich der Schwierigkeit der Übersetzung von elementaren Begriffen spanischer Erfahrungen annimmt. Soll der «proceso constituyente» auf Deutsch «verfassungsgebend» oder «konstituierend» genannt werden? Fragen wir uns das nur, weil es das wichtige Buch von Antonio Negri mit dem Titel *Potere Costituente*, das in den 1990er-Jahren u. a. auf Italienisch, Spanisch, Französisch und Englisch erschienen ist, auf Deutsch noch immer nicht gibt? Sind es die bolivarianischen Verfassungen Lateinamerikas, die damit zitiert werden oder doch eher technopolitische Fragen, die sich aus den spanischen Platzbesetzungen ergaben? Warum liegt der Begriff aus italienischer Perspektive auch ohne entsprechende Bewegungen nahe und weshalb erscheint der deutsche Sprachraum diesbezüglich als vorgestrig? Mulvaney's brillante Analyse solcher Raum-Zeit-Verhältnisse und der Differenz referenzieller und performativer Sprachverständnisse zeigt die Munizipalisten als nicht homogene Räume und dass politische Übersetzungsarbeit auf der Vermittlung praktischen Wissens beruht.

Der Aktivist Raúl Sánchez Cedillo untersucht schliesslich die Ära Mariano Rajoy als Ausnahmezustand und Sachzwangspolitik, gemäss der nur «politischer Gehorsam» Erfolg verspricht. Dieses «Rajoynat» ist nur im Kontext eines Europas zu verstehen, das rechts tickt und top-down funktioniert. Der Teufelskreis zeigt sich da am deutlichsten, wo hilflose Kommentare nun «Populismus» als Gefahr beschwören.

Dieser verwaltenden, «versicherungsma-
thematischen» Gouvernamentalität, deren
Gegenspieler*innen üblicherweise in Me-
dien und Legislative politisch neutralisiert
werden, gilt es ungehorsame Netzwerke
entgegenzustellen, welche die «öffentliche
Meinung» zu erschüttern vermögen.

Eine der Pointen des Büchleins: Die
technopolitischen Dimensionen der muni-
zipalistischen Bewegungen, von Sánchez
Cedillo «cyborganisatorisch» genannt, sind
ungeachtet des «Cyberwar», der auf die so-
genannten Facebookrevolutionen des ara-
bischen Frühlings folgte, ein entscheiden-
des Experimentierfeld des Widerstands.
Gegenmächte «üben und irren», sie lernen
und entwickeln sich in diesen Sphären.
Konstituierend ist so gesehen auch nicht
konstituiert: Die Munizipalisten sind ein
revolutionäres Werden, das sich glückli-
cherweise nicht heute oder morgen in einer
Wahlkampagne auflöst. Sie ermöglichen
Anrufungen jenseits der «Muskelmänner-
Illusionen einer starken Regierung», wie wir
sie von den neuen Faschismen kennen.

Wenn Gálceran Hugueta schliesslich von
den demokratischeren Formen des konsti-
tuierenden Munizipalismus spricht, die
möglicherweise direktere sein müssen, so
bezieht sie sich kaum auf ein schweizeri-
sches Vorbild. Gerade die Normalisie-
rungsmaschinerie rechter Positionen, wie
sie in der direktdemokratischen Alpenre-
publik seit Jahrzehnten laufe, könnte durch
den «sozialen Syndikalismus» der neuen
Munizipalisten der Grundlage beraubt
werden. Die Aufgabe, mit der «konventio-
nellen Topologie» zu brechen, ist, passend
zu diesem Büchlein, eine transversale. Hier
wird Europa übersetzt und politisiert, um
die «Burg der Bürger», die «ciudadanía» der
Staatsbürger*innen zu dekonstruieren und
schliesslich die Wendung zu einer neuen
«ciudadanía» (von *cuidado*, Sorge), zur

Vielheit der Sorgebeziehungen und sozia-
len Lebenswelten aller zu vollziehen.

Michael Felix Grieder

David Van Reybrouck: **Gegen Wahlen.**
Warum Abstimmen nicht demokratisch ist.
Wallstein Verlag, Göttingen 2016 (200 S.)

«Demokratie in Atemnot». Halten wir an
Wahlen zur Bestellung repräsentativer po-
litischer Gremien fest, wird deren Legitimi-
tät nach David Van Reybrouck auf den
Nullpunkt absinken und der Populismus
wird die letzten «wahrhaft demokratischen
Spuren» auslöschen. Es braucht mehr Bür-
ger*innenbeteiligung: Nicht nachts auf
den Strassen von Paris oder im Frühling
auf dem Tahrir-Platz – nein, hier und jetzt,
und zwar im Parlament. Van Reybrouck
schlägt vor, die Hälfte aller politischen
Gremien per Los zu besetzen.

Demokratie muss dekolonisiert und de-
mokratisiert werden, so Van Reybrouck.
Denn in Regierung, Verwaltung und Parla-
ment vertritt uns eine immer einheitliche-
re, schmale Elite von «Diplomdemokraten
und Berufspolitikern» mit identischer So-
zialisierung und Denkweise. Selbstgefälli-
ge, korrupte Politiker*innen untergraben
das Vertrauen und immer mehr Menschen
werden zu Protest- und Wechselwähler*in-
nen, kündigen ihre Mitgliedschaft und ih-
ren Zuspruch zu einer konkreten Partei auf
und lassen sich vom medial hochgekoch-
ten Wahlkampf verführen. Statt für politi-
sche Inhalte entscheiden sie sich für immer
autokratischere Herrschaftsformen.

Das Losverfahren bewirbt Van Rey-
brouck mit drei Argumentationen. Erstens
führt er uns durch 2000 Jahre Demokratie-
geschichte und belegt, dass der «Wahlfun-

damentalismus» gerade mal 200 Jahre alt und eine aristokratische Erfindung zum Ausschluss einer breiten Volksdebatte ist. Zweitens erläutert er, wie losbasierte Gremien paritätisch Freiwillige einbinden und fähig sind, breit abgestützte und differenzierte Beschlüsse zu fällen. Drittens legt er dar, wie gewählte Repräsentant*innen ineffizient werden, wenn sie in die Mechanismen medialer Vermarktung eingebunden sind. So dekonstruiert Van Reybrouck auch die Rolle der Medien als Elixier und Bedingung politischer Debatten. Gegenwärtig peitsche der mediale Verwertungsdruck den Wahlkampf derart auf, dass politisches Handeln jeglichen Sachbezug verloren habe. Und kaum sässen Kandidat*innen im Amt, bleibe ihnen nichts anderes übrig, als sich auf die nächste Wiederwahl vorzubereiten. Alles andere sei politischer Selbstmord. So rutsche manch ambitionierter Mensch Richtung Mitte und vernachlässige die ernsthafte Arbeit zugunsten seiner Inszenierung.

Laut Van Reybrouck betrachten viele Bürger*innen Politik als Konsumartikel: Sie wollen, dass sie «unsichtbar und effizient» (S. 30) ist. Das Losverfahren soll nun zur Partizipation einladen und garantieren, dass alle real existierenden Bevölkerungs- und Interessengruppen repräsentiert sind. Denn nur wenn die breite Bevölkerung einbezogen werde, sei sie auch bereit, die Verantwortung für öffentliche Politik mitzutragen. Ein Rotationssystem, das paritätisch die Menschen aller sozialen, geschlechtlichen und ethnischen Hintergründe einbezieht, garantiere darüber hinaus, die mühselige, langwierige Arbeit des demokratischen Aushandelns von akzeptablen politischen Kompromissen fair und inklusiv zu gestalten. Im gegenwärtigen System fehlen Arbeiter*innen, Migrant*innen, Vertreter*innen aus dem Care-Sektor, Frauen, Arbeitslose, Arme oder Putz-

fachkräfte etc. für die seriöse Problemlösung. Nur wenn auch diesen Menschen gerechte Verfahren und Entschädigungen geboten werden, begeistern sie sich für die Teilnahme am Regieren und erhöhen dadurch die Legitimität politischer Arbeit. Denn «Freiheit heisst nicht: immer selbst die Macht zu haben. Freiheit heisst ebenso wenig: sich nicht um Macht kümmern zu müssen. Freiheit ist das Gleichgewicht zwischen Autonomie und Loyalität, zwischen Regieren und Regiertwerden.» (S. 75) In diesem Sinn äussert sich Van Reybrouck auch besorgt über Protestformen der ausserparlamentarischen Linken, die sich – von Occupy bis Indignados – durch einen deutlichen Antiparlamentarismus auszeichnet. Anhand der Parallele zur Zwischenkriegszeit des 19. Jahrhunderts erläutert er die Gefahr, dass rechter und linker Antiparlamentarismus in (faschistische bzw. staatssozialistische) vertikale Strukturen abgleiten.

«Demokratie heisst nicht, dass die Besten in unserer Gesellschaft regieren: So etwas nennt man Aristokratie.» (S. 157) David Van Reybroucks Analyse ist weder naiv noch romantisch. Ihm ist bewusst, dass ein gerechtes Losverfahren, das alle Bevölkerungsgruppen abbildet, auch unerfahrene Menschen mit wenig Hintergrundwissen auf verantwortungsvolle Posten spült und dass die Zugehörigkeit zu einer unterprivilegierten Schicht Menschen in ihrem Handeln und Denken nicht a priori gerechter macht. Doch den Vorbehalt, durch Los gewählte Vertreter*innen könnten per se inkompetent sein, weist er zurück. Die Angst vor Inkompetenz zeige vielmehr, welch «hierarchisches Denken sich in unseren Köpfen festgesetzt hat» (S. 158). Weshalb sind wir bereit zu glauben, Staatsangelegenheiten könnten nur von aussergewöhnlichen Individuen geregelt werden? Könnte es sein, dass wir den Reichen und Mächti-

gen, den kommerziellen Medien und ihrer Propaganda auf den Leim gegangen sind?

Schon heute ist kein politischer Entscheid ohne Beizug von Expertisen Dritter möglich, entgegnet Van Reybrouck. Kein noch so gebildeter Mensch kann sich in Debatten zu Verkehrspolitik und Bildung, zu Gesundheit, Kultur und Steuern allein auf sein Vorwissen abstützen. In einer hochkomplexen, international vernetzten Welt müssen politische Fragen ohnehin akribisch vorbereitet werden und alle Entscheidungsträger*innen Beratung beiziehen. Dass sich hier ein Einfallstor für Beeinflussung und Manipulation durch finanzstarkes Lobbying öffnet, ist auch unter den aktuellen Bedingungen von Wahlgremien problematisch, wie Van Reybrouck durchaus auch in Bezug auf Lossysteme kritisch zu bedenken gibt.

Natürlich bleibt der Vorschlag zum Losverfahren eine Skizze. Auch wenn er zahlreiche Beispiele von losbasierten Auswahlverfahren mit guten Ergebnissen vorstellt, weigert sich Van Reybrouck, ein allumfassendes Rezept zu präsentieren. Er animiert vielmehr dazu, über eine andere Verteilung, Verhandlung und Rotation von Macht nachzudenken. Dabei stützt er sich auf reale Bürger*innenbeteiligungsverfahren, die er mitentwickelt und über Jahre begleitet hat. Aus diesen Erfahrungen zieht er den Schluss, dass allein der Schutz vor dem Zugriff der Medien, das Verbot von Ämterkumulation und die Amtszeitbeschränkung Menschen derart anders einbinden können, dass sie sich ernsthafter auf Inhalte einlassen und bereit erklären, gerechte Lösungen für alle zu suchen.

So skizzenhaft Van Reybroucks Vorschlag zur Organisation gerechter Repräsentation bleiben mag, so scharf ist seine Kulturanalyse des «Wahlfundamentalismus». Wahlen – so Van Reybrouck – waren

noch nie dafür da, eine gerechte Volksvertretung zu ermöglichen. Sie sollten vielmehr nach einem steuerbaren Verfahren Macht innerhalb und zwischen mächtigen Interessengruppen verteilen. Er erläutert, wie der strategische Ausschluss der vielen seit den amerikanischen und französischen Revolutionen verfahrenstechnisch verankert, diskursiv vertuscht und auch von der Linken zugunsten der eigenen Beteiligung in Kauf genommen wurde. Dazu gehört auch die Entlarvung «des Demokratieexports nach Ikea-Bausatz» (S. 47). Van Reybrouck kritisiert die fragwürdige Verankerung «freier und fairer Wahlen» als Grundrecht in der Menschenrechtscharta und zeigt, wie der forcierte Export in Krisenländer ausserhalb Zentraleuropas mehr Konflikte und Spaltungen als Einbezug und Mitsprache hervorgebracht hat.

Am Systemischen anzusetzen, also am Verfahren, wie öffentliche Fragen überhaupt verhandelt werden, ist sicherlich ein wichtiger Schritt zur Rettung von demokratischen Methoden. Denn vom Tahrir-Platz bis in die Koalitionsverhandlungen in Deutschland oder den Niederlanden – dem Volk ist klar, dass Menschen, die sich mittels horrend teurer und immer gewiefterer (Des-)Informations- und Wahlkampagnen Macht und Ämter zuschanzen, gar kein Interesse an Politik im Dienste aller haben können.

In seinem kurzen demokratischen Lehrgang, zeigt Van Reybrouck, dass Wählen unter den gegebenen Umständen undemokratisch ist und eine öffentliche Lösungsfindung behindert. Natürlich kann ein Umstieg auf Losverfahren Machtmanipulation und Lobbyismus nicht an der Wurzel ausmerzen. Doch Rotationssysteme können Machtakkumulation brechen und Korruption, eingespielte Seilschaften und Günstlingswirtschaft zugunsten von echten inhaltlichen Debatten verschieben.

Ob die bislang wenig eingebundene Bevölkerung an einer ernsthaften Bearbeitung von Politik überhaupt interessiert ist oder kultisch aufgeladene, populistische Wahlkämpfe mit lauten Skandalen, Held*innen, Verräter*innen und Opfern vorzieht, kann niemand wissen. Klar aber ist, dass die gegenwärtig in die Gremien gewählten Vertreter*innen einen zu hohen Profit aus ihrer Position ziehen können, als dass sie sie freiwillig hergeben würden. Demnach wird sich so schnell auch niemand finden, der sich ernsthaft des Losverfahrens annimmt – auch wenn es verfahrenstechnisch legitimere und effizientere Entscheide hervorbringen und erst noch erheblich Kosten einsparen kann.

So hängen Van Reybroucks neue demokratische Spielregeln am Ende weitgehend in der Luft. Viele Fragen werden ausgelassen. Wer etwa, wenn nicht Parteien, garantiert für Kontinuität im politischen Agendasetting? Wie kann der Meinungsbildungsprozess von den Medien und ihrer Verwertungslogik entkoppelt werden? Wie können sich gerechtigkeitsorientierte und kapitalismuskritische, linke und grüne Parteien jenseits von staatlichen Abgaben behaupten und finanzieren? Der Fragenkatalog liesse sich fortsetzen. Interessant aber ist, wie David Van Reybrouck heilige Kühe schlachtet und sie damit einer nüchternen Betrachtung zugänglich macht.

Nina Schneider

Robert Menasse, **Die Hauptstadt**. Suhrkamp Verlag, Berlin 2017 (459 S.)

Robert Menasse, ein überzeugter Europäer, hat in mehreren Essays beschrieben, wie er sich das Europa für alle vorstellt. Missfal-

len hat ihm schon früher das Demokratie-defizit der Europäischen Union (EU). Ihm schwebt ein Europa der Regionen vor: Entscheidungsmacht soll in einem europäischen föderalistischen Staat auf 400 Regionen übertragen werden, welche jeweils zwei VertreterInnen nach Brüssel ins Parlament entsenden. Das Parlament bliebe etwa gleich gross, aber die BürgerInnen hätten VertreterInnen mit mehr Nähe zu ihren spezifischen Fragen und Sorgen. So, glaubt Menasse, könne ein für ihn wesentliches Strukturdefizit der EU behoben werden: Seit dem Vertrag von Nizza 2007 haben die Nationalstaaten ein derart grosses Gewicht erhalten, dass die EU dadurch einem Zerreisprozess ausgesetzt ist. Menasse selber sieht sich viel stärker in Regionen und Metropolangürteln verankert, an die Nation glaubt er nicht.

In seinem grossen Roman zur Europäischen Union vermittelt Menasse daher seine Erkenntnis, dass die EU in einer existenziellen Krise steckt. Die Union hat den Auftrag, aus den Trümmern des Weltkrieges eine friedens- und sinnstiftende neue Identität der BürgerInnen Europas hervorzubringen, bisher nicht verwirklichen können. Vielmehr ist von dieser grossen Idee und dem Anspruch, in Europa faire Bedingungen für alle zu schaffen, ohne Grenzen und unter Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte, nur ein Scherbenhaufen übrig. Statt einer Weiterentwicklung zur Sozial- und Fiskalunion, die aus dem Europa konkurrierender Nationen ein Europa souveräner, gleichberechtigter BürgerInnen machen würde, ist die EU von Partikularinteressen zerfressen, sie lässt sich im alltäglichen Politgetöse zu Aktionen hinreissen, die sich als schwere historische Fehler erweisen. Insbesondere haben sich die Mitgliedstaaten mit der europäischen Einheit nie wirklich angefreundet, inso-

fern es ihren Interessen diene. Viel politische Hoffnung ist im Werk Menasses nicht sichtbar, berücksichtigt man die zunehmende Tendenz, die EU nicht als Aufhebung nationaler Grenzen zu verstehen, sondern als Gegnerin, die die Mitgliedstaaten knechten will.

In Menasses Roman gibt es Menschen, die der ursprünglichen Idee der EU wieder auf die Sprünge helfen wollen, teils aus Eigennutz, teils aus tiefer Überzeugung. Sie starten verschiedene Initiativen und engagieren sich für politische Modelle, welche eine grundlegende Reform der EU ermöglichen sollen. Jedoch scheitern sie grandios. Immerhin, beerdigt ist die EU noch nicht, denn «wenn etwas zerfällt, muss es Zusammenhänge gegeben haben».

Auf den ersten Seiten rennt ein Schwein durch Brüssel, «ein verdrecktes, aber eindeutig rosa Hausschwein». Es schafft eine erste Verbindungslinie zwischen einem Kaleidoskop von Menschen, die in irgendeiner Weise, sei es in ihrer Arbeit, sei es in ihrer Geschichte, mit der Europäischen Union in Zusammenhang stehen. Dieses Schwein sorgt für einigen Aufruhr in der Hauptstadt der EU, zunächst noch unbemerkt bricht es immer wieder in die Leben der Menschen ein und wird schliesslich «in kürzester Zeit zum Medienstar». Man ist besorgt über «eine womöglich tollwütige Wildsau» in der Stadt. In der Zeitung «De Morgen» berechnet ein Professor anhand eines Weg-Zeit-Diagramms, dass es entweder nicht nur ein, sondern mehrere Schweine gebe, oder dass es sich um eine hysterische kollektive Projektion handeln müsse, wie einst bei der Beobachtung eines Einhorns in Nürnberg im Jahr 1221. Die Gelegenheit zur Profilierung ergreifend schiebt er auch noch eine Kolumne zur universellen Metapher vom Schwein in der Gratiszeitung «Metro» nach. Das Schwein sei «das einzige Tier, das als

Metapher die ganze Breite menschlicher Empfindungen und ideologischer Weltbilder abdecke, vom Glücksschwein bis zur Drecksau, von «Schwein haben» bis «ein Schwein sein»», sogar in politische Gefilde dringter vor und räsoniert über die Begriffe «Judensau» und «Nazischwein». Diese Metapher vom Schwein kann als Metapher für die EU gelesen werden, als schillerndes, unfassbares Gebilde, Bürokratiemoloch und Aggressor für die einen, Friedenspfeiler für die anderen.

Martin Susman ist als EU-Beamter in der Kulturdirektion zwar nicht gerade am Schalthebel der Macht, aber sein Bruder, ganz Vollblutlobbyist der «European Pig Producers», versucht über ihn seine Interessen durchzusetzen und fordert ihn auf, doch auch mal bei der Generaldirektion Handel in dieser Sache vorstellig zu werden. Doch Martin hat ganz andere Probleme. Denn um die katastrophale Umfragewerte der Kommission aufzubessern, plant die Generaldirektion Kultur eine Imagekampagne. Auschwitz soll als ursprüngliche Gründungsidee der EU im Zentrum stehen. In der Folge zeigt Menasse die Intrigen und Manöver der verschiedenen Kräfte der EU. Er lässt die mit der Umsetzung der Kampagne betraute Fenia Xenopoulou, eine frustrierte Karrieristin, mit wehenden Fahnen gegen den Kabinettschef Romolo Strozzi, alter europäischer Adel und Gewinner von Bronze in Säbel Einzel an den Olympischen Sommerspielen 1980, untergehen: «Kreisfinte, Stossfinte, Hiebfinde, und dann der Treffer», und schon ist alles vorbei und Xenopoulou merkt nicht einmal, dass sie geschlagen ist. Denn Strozzi holt den Protokollchef des Ratspräsidenten ins Boot, dieser macht ein paar Telefonate, und schon laufen die Mitgliedstaaten Sturm, so teilen die Polen mit: «Warum die Juden? Warum nicht der Sport?»

Professor Erhart ist Nationalökonom und Mitglied des Think-Tanks «New Pact for Europe». Schnell stellt er ernüchtert fest, dass die Experten dieses Tanks in drei Kategorien eingeteilt werden können (Eitle, Idealisten und Lobbyisten). Als Mann der Prinzipien kann Erhart nicht anders, als den Kollegen die Leviten zu lesen, weil sie alle immer noch in den Kriterien nationaler Haushalte und nationaler Demokratien denken. Und er fordert ein Symbol für eine Änderung in Europa: «Wir brauchen auch und vor allem ein starkes Symbol für den Zusammenhalt, es muss ein konkretes gemeinsames Projekt sein, das als gemeinsame Anstrengung das Gemeinsame in die Welt setzt, wir brauchen etwas, das allen gehört und sie als Bürger der Europäischen Union verbindet [...]. Und deshalb muss die Union ihre Hauptstadt in Auschwitz bauen [...]. «Nie wieder Auschwitz» ist das Fundament, auf dem das Europäische Einigungswerk errichtet wurde. Zugleich ist es ein Versprechen für alle Zukunft. Diese Zukunft müssen wir errichten, als erlebbares und funktionierendes Zentrum.»

Die Hauptstadt ist ein Politroman. LeserInnen erhalten literarisch geführt Einblick hinter die Fassade der EU. Die Institutionen bestehen aus Menschen, und es ist das Verdienst Menasses, dies anhand zahlreicher Lebensgeschichten greifbar zu machen. Menasse streut zudem eine Fülle politischer Information ein, zahlreiche Krisenherde und Missstände nennt er beim Namen. Brexit, Nationalismus, Migration, Griechenland, Demokratieabbau, Bürokratie, Islamophobie, Rassismus: alles Themen, die Menasse über die eine oder andere Protagonistin anschneidet und diskutiert.

Viele Jahre hat Menasse an diesem Roman gearbeitet, er kennt seine Welt, er kennt die Geschichte Europas, die Geschichte seiner BürgerInnen. An der EU

wird Kritik geübt, aber die Sympathie Menasses gilt trotz Abstrichen der europäischen Idee. Dass die EU ein «sanftes Monster» sein kann (H. M. Enzensberger) drängt sich als Schluss jedenfalls nicht auf. Menasses Vision der Europäischen Republik kommt im Roman allerdings kaum zum Ausdruck, sondern in erster Linie sein Argwohn gegenüber den Mitgliedstaaten.

Die Komplexität des Themas hat Menasse in der Struktur des Romans abgebildet. Mindestens sechs Handlungsstränge laufen nebeneinander, die Perspektive wechselt dauernd. Zahlreiche Subplots liefern weitere biografische Details einzelner Schicksale. Menasse kann den Anspruch einlösen, politische Analyse mit literarischen Mitteln zu betreiben. Die Geschichten der Menschen sind dicht und überzeugend, die soziale Verortung prägt die AkteurInnen tief greifend. Doch hat dieser erzählerische Duktus einen Preis: Die Menschen in diesem Roman sind seltsam unnahbar, als LeserIn hat man Mühe, ihre Entscheidungen, Nöte, Freuden und Ängste innerlich nachzuvollziehen. Die Analyse der Schicksale der Einzelnen gerät so mitunter zu einer Mikrogeschichte, in welcher von Subjekten die Rede ist, diese aber wie Insekten mit wissenschaftlichem Interesse seziert werden. Die Fülle des Romans führt auch zu einer gewissen Sperrigkeit des Leseflusses. Die Zersplittertheit der EU ist zwar realitätsnah dargestellt, auch die Gleichzeitigkeit der Lebensläufe der ProtagonistInnen. Aber viele Handlungsstränge werden erst gegen Ende des Romans verknüpft, vieles bleibt offen.

Literarisch ist der Roman hoch verschränkt und kunstvoll arrangiert. Das wirkt mitunter konstruiert, was Menasse auch auktorial im Text ironisch feststellt: «Der Algorithmus, der alles Mögliche filtert und auch das bisher Erzählte geordnet hat,

ist natürlich verrückt – vor allem aber ist er beruhigend: Die Welt ist Konfetti, aber durch ihn erleben wir sie als Mosaik.»

Die Hauptstadt ist ein dichter Roman mit hohem politischen Anspruch, der Autor weiss kenntnisreich und analytisch stark zu erzählen, die Sprache ist klar und flüssig. Wer sich zur EU informieren möchte, ohne ein Sachbuch zu wälzen, und zudem zahlreiche informierte Reflexionen zur EU anhand literarisch überzeugend gefasster Einzelschicksale schätzt, dem sei das Buch sehr empfohlen.

Florian Wick

Tagungsbericht: **Tour de Lorraine 2018.**
Teilhabe für alle! Da, wo wir leben. 18. bis
20. Januar 2018, Bern

Den grössten Eindruck hinterlassen oft Situationen, die sich anders entwickeln als erwartet. Diese Erfahrung machte ein Bekannter, der von einem Workshop an der Tour de Lorraine 2018 berichtete: «Die Betroffenen wollten partout nicht über dieselben Sachen reden wie die Schweizer und Schweizerinnen, die ihnen helfen wollten. Das hat letzten Endes bei mir zu einigen fruchtbaren Gedanken über Teilhabe, Teilnahme, Autonomie und Helfen geführt. Die Inputs waren also auf unerwartete Weise bereichernd.»

Wie könnte aber eine emanzipierte Teilhabe für alle Menschen in unserer Gesellschaft aussehen? Dies war die Frage, die in den inhaltlichen Veranstaltungen der Tour de Lorraine 2018 immer wieder gestellt wurde. Mit dem Thema «Teilhabe für alle!» fand die Tour vom 18. bis 20. Januar an verschiedenen Orten in der Stadt Bern statt. Der Begriff Teilhabe beschreibt die Mög-

lichkeit zur aktiven Mitgestaltung des sozialen Raums und ein Anrecht auf den Gebrauch der gemeinsamen Ressourcen. Eine Person, die keine Aufenthaltspapiere besitzt, nicht gut Deutsch spricht, keinen festen Wohnsitz hat, suchtkrank ist, gesundheitliche Einschränkungen hat, zu jung oder zu alt ist, erfährt im Alltag eine Einschränkung ihrer Möglichkeiten zur Teilhabe. Einen konkreten Ansatz, dies zu ändern, bietet das Konzept der Urban Citizenship oder der Stadtbürger*innenschaft. Das stadtpolitische Instrument will Teilhabe vergrössern, indem nationalstaatlich garantierte (oder verweigerte) Rechte auf lokaler Ebene verankert und Schutz, Sicherheit und Mitbestimmung den Bewohnenden unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status garantiert werden.

Die diesjährige Tour de Lorraine war bereits die 18. Ausgabe. Das erste Mal fand die Tour im Jahr 2000 als kleines Solidaritätsfest in verschiedenen Beizen rund um das Berner Lorrainequartier statt. Organisiert wurde es von der Anti-WTO-Koordination Bern, Attac Bern und der städtischen OeMe-Kommission (Fachstelle für Oekumene, Mission, Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn) in Zusammenarbeit mit den Lokalen, in denen die Konzerte stattfanden. Ziel war es zunächst, durch Konzerteintritte Geld zu sammeln, um die anstehenden Proteste und Demonstrationen gegen das World Economic Forum (WEF) finanziell zu unterstützen. Unter dem Titel «Perspektiven nach Davos» veranstalteten die Organisator*innen aber auch inhaltliche Diskussionsveranstaltungen, in denen über die Auswirkungen des und Widerstand gegen den Neoliberalismus gesprochen wurde. Diese Zweigleisigkeit – Solidaritätsfest und inhaltliche Auseinandersetzung – zieht sich bis heute durch.

Viele BernerInnen kennen die Tour de Lorraine vor allem als Musikfestival, das an rund zwanzig Orten gleichzeitig stattfindet und schnell ausverkauft ist. So war es auch dieses Jahr: 3500 Personen ergatterten einen Eintrittsbändel für die Tour. Mit dem Gewinn werden dieses Jahr wieder 15 bis 20 Projekte und Basisorganisationen unterstützt. Der Fokus der finanziellen Förderung liegt auf Projekten, die eine öffentliche Auseinandersetzung mit Themen der sozialen Gerechtigkeit, Umverteilung und Chancengleichheit anstossen und der Weiterbildung und Vernetzung von politischen Akteur*innen dienen.

Höhepunkt der inhaltlichen Veranstaltungen an der diesjährigen Tour de Lorraine waren zwei Workshop-Blocks am Samstagnachmittag, die gemeinsam mit Personen aus dem Netzwerk «migrationscharta.ch» und dem Kollektiv «Wir alle sind Bern» organisiert wurden. Es war das erste Mal, dass diese Akteure zusammenarbeiteten, um ein Diskussionsforum zu Teilhabe und Urban Citizenship zu schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen den aktivistischen und kirchlichen Gruppen war eine Herausforderung und gestaltete sich (nach Aussage der Beteiligten) manchmal etwas zäh. Gleichzeitig spiegelt die Kooperation im Organisationsteam eine allgemeine Entwicklung wider. In vielen Initiativen engagieren sich momentan Menschen aus allen Altersklassen und mit diversen Hintergründen: Studierende, Berufstätige, Pensionäre, Stadt- und Landbewohner*innen. «Das Engagement kommt also verstärkt aus der «Mitte» der Gesellschaft», sagt Sarah Schilliger, die sich bei «Wir alle sind Bern» engagiert.

Das sind gute Voraussetzungen, um konkrete Ziele umzusetzen, wie etwa die Einführung einer City Card Bern, die u. a. Personen ohne gültige Ausweispapiere den

Zugang zum Service public sowie Schutz bei Polizeikontrollen garantieren soll. Die City Card existiert bereits in New York, auch in Zürich wird die Einführung einer City Card seit längerem diskutiert. In Bern setzt sich die Beratungsstelle für Sans-Papiers aktiv für die City Card ein. Am Wochenende der Tour de Lorraine lud die Beratungsstelle zum Stadtrundgang «Leben als Sans-Papiers», der von über 200 Personen besucht wurde. Im Workshop zur City Card wurde die Idee einer Stadtbürger*innenschaft breiter diskutiert. «Unser Ziel war es, Menschen für die Anliegen der Sans-Papiers zu sensibilisieren», sagt Karin Jenni, die den Workshop mitgestaltete. Nicht ganz zufällig liess der Berner Gemeinderat eine Woche nach der Tour de Lorraine in einer Medienmitteilung vom 29. Januar zum «Schwerpunkteplan Integration 2018–2021» verlauten, dass die Stadt Bern die Einführung der City Card prüfen will. Bern solle «eine Stadt für alle» werden, in der «Menschen teilhaben können, alleine aufgrund der Tatsache, dass sie hier leben – unabhängig von Herkunft und ausländerrechtlichem Status», schreibt der Gemeinderat in der Medienmitteilung. Engagierte Menschen in Bern haben nun die Aufgabe, darauf zu pochen, dass auf die Absichtserklärung des Gemeinderats auch praktische Schritte folgen und eine emanzipierte Teilhabe für alle Menschen tatsächlich ermöglicht wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass aus Diskussionen der Tour de Lorraine konkrete Projekte entstehen: 2010 wurde unter dem Titel «Alternativen säen» die Vertragslandwirtschaft Soliterre angestossen. 2014 («Hier baut das Quartier») wurde die alternative Bebauung einer städtischen Brache mit einer Wohnbox umgesetzt und 2015 («Hesch mer e Bonobo?») wurde die Alternativwährung Bonobo lanciert. Generell

sieht die Tour de Lorraine ihre Rolle weniger darin, neue Themen zu lancieren, sondern bestehenden Kollektiven eine Plattform zu bieten und deren Themen einer breiten Öffentlichkeit näherzubringen.

Ein wichtiger Aspekt in der inhaltlichen Fokussierung besteht darin, dass im Organisationskollektiv jedes Jahr neu entschieden wird, welchem Thema im kommenden Jahr eine Plattform geboten wird. Die aktive Themensetzung macht deutlich, wie oft sich die breit geführten politischen Debatten in der Auseinandersetzung mit Themen erschöpfen, die von rechts diktiert werden. (Wer von uns wollte in den letzten Monaten eigentlich eine Debatte über die öffentlich-rechtliche Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG führen müssen?) Statt sich auf den Protest gegen das WEF und den Neoliberalismus zu limitieren, investiert die Tour de Lorraine deshalb verstärkt in Alternativen – wie die konkrete Utopie einer Gemeinschaft, in der alle Menschen mitbestimmen und teilhaben können. Dass dieser Ansatz auf Interesse stösst, zeigte sich auch dieses Jahr wieder bei den Besucher*innenzahlen der Workshops an der Tagung. Die über dreissig Workshops wurden von zwischen 7 und 120 Personen besucht. Thematisch diskutierten die Workshops mehrheitlich Möglichkeiten der Teilhabe für Illegalisierte und geflüchtete Menschen. Daneben fanden Workshops zu Gentrifizierung und Mieter*innenkämpfen statt, zu Gassenarbeit und Rechten für Transmenschen. Parallel trafen sich Vertreter*innen von sechs verschiedenen Jugendtreffs in Bern am grossen Jugendpodium, um darüber zu sprechen, wo Jugendliche in der Stadt nicht kommerziellen öffentlichen Raum finden können und wie sie sich dort verwirklichen wollen. Dabei ging es auch um die Frage, welcher Rahmen notwendig ist, damit

junge Frauen solche Räume aktiv nützen können. Die Jugendinitiativen, die sich bis anhin noch nie auf diese Weise zum Austausch getroffen hatten, planen nun regelmässige Vernetzungstreffen.

Thomas Jacobi, der das Jugendpodium mitorganisiert hatte, ist mit dem Ergebnis zufrieden, dennoch zeigt er sich nachdenklich: «Mir wurde klar, wie sehr bestehende Strukturen und Angebote auch in der Jugendarbeit eine Tendenz haben, Jugendliche vorwiegend zu managen statt sie direkt zu ermächtigen, zum Beispiel über eine aktive Aufklärung ihrer Rechte und Möglichkeiten, wie sie sich kreativ, selbstbehauptend und herausfordernd einen Platz verschaffen können in unserer Gesellschaft.» Das ist eine Stolperfalle, die auch in anderen Workshops immer wieder erwähnt wurde: Ohne Reflexion über die eigene Rolle und ein Hinterfragen der eigenen Position findet man sich allzu schnell in der Situation wieder, in der man über Teilhabe für andere spricht, ohne sie tatsächlich zu ermöglichen. Christian Metzger, Mitorganisator der Tagung, hält fest, dass Teilhabe die unterschiedlichsten Facetten habe. Man müsse achtgeben, nicht ein Anliegen gegen ein anderes auszuspielen: «Jeder Anspruch bietet die Chance darauf, nicht nur Ausschluss auszumerzen, sondern über die Aushandlungsprozesse hinaus eine grössere Veränderung in Gang zu setzen.» Schliesslich sei es genau der positive Fokus, der Urban Citizenship für viele so attraktiv mache, ergänzt Rafael Egloff, ebenfalls Mitorganisator der Tagung. Für einmal stehe die gemeinsame Gegenwart und Zukunft im Zentrum – eine Perspektive, die für LGBTQ (Lesben, Gay, Bisexuelle, Transgender und Queer) genauso relevant ist wie für Sans-Papiers, alte und junge Menschen, Stadt- und Landbewohner*innen. So war die Tagung zur Tour de Lorraine eine gute

Lektion darin, nicht nur auf ein Recht auf Teilhabe für marginalisierte Menschen zu pochen, sondern diese Menschen vielmehr darin zu unterstützen, selbst Teilhabe einzufordern.

Rebecka Domig

Tagungsbericht: **Unsere Zeit ist mehr wert!**

Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, 19. und 20. Januar 2018, Bern.

Der dreizehnte Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) stand unter dem Leitgedanken «Unsere Zeit ist mehr wert!». Teilgenommen haben rund 240 delegierte Gewerkschafterinnen aus der ganzen Schweiz und Gastreferentinnen aus dem In- und Ausland. Neben den statuarischen Geschäften setzten sie sich mit den Schwerpunktthemen der Care-Arbeit und der Verkürzung der Vollerwerbsarbeitszeit auseinander.

Im Zentrum der Diskussion steht die gesellschaftliche Stellung von Frauen und ihre Position auf dem Arbeitsmarkt. Besonders wird die Reduktion der Vollerwerbsarbeitszeit diskutiert. Vor dem Hintergrund des massiven, vor allem Frauen betreffenden Ausbaus von Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeitmodellen blieb sie in den vergangenen Jahrzehnten auf der Strecke. Für die Gewerkschaftsfrauen steht fest, dass es neben der Verkürzung der Vollzeit-erwerbsarbeit auch eine neue Zeitpolitik braucht – eine andere Organisation der Erwerbsarbeit, die die herkömmliche Trennung zwischen Erwerbsarbeits- und Lebenszeit überwindet.

In ihrem Inputreferat «Who Cares?» erläuterte die Soziologin Sarah Schilliger,

wer sich auf welche Weise um die gesellschaftlich notwendige Arbeit kümmert. Zum einen wird Care-Arbeit in verschiedenen institutionellen Zusammenhängen wie etwa in Kinderbetreuungseinrichtungen, Pflegeheimen und durch die Spitex geleistet. Zum anderen fällt ein grosser Teil von Care-Arbeit in Haushalten an und wird unter grossem Zeitaufwand und unbezahlt vor allem von Frauen bewältigt. Um daneben einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, müssen Frauen oft auch ein tiefes Pensum an Erwerbsarbeit oder Anstellungen unter ihrer Qualifikation in Kauf nehmen. Das rächt sich jedoch spätestens bei einer Scheidung und bei der Altersrente. Sorge- und Hausarbeit ist eine Beschäftigung, die gesellschaftlich wenig Anerkennung und Wertschätzung erfährt und ausserdem im Bruttoinlandprodukt materiell nicht ausgewiesen wird. Dabei trägt gerade diese Arbeit zur Lebensqualität in unserer Gesellschaft bei – ohne sie ginge gar nichts, die Wirtschaft würde kaum funktionieren.

Schilliger sprach auch über gesellschaftliche Dynamiken in der Organisation von Care-Arbeit, die sie mit Arlie Russel Hochschild als «abgewürgte Revolution» bezeichnete. Um- und Verteilung der Sorge- und Hausarbeit, eine Forderung der Frauenbewegung der Siebziger- und Achtzigerjahre, habe sich kaum realisieren lassen. So beeinflusste der Anstieg der weiblichen Erwerbstätigkeit das männliche Engagement im Bereich der unbezahlten Sorge- und Hausarbeit kaum in vergleichbarer Art und Weise. Stattdessen sei eine neue Arbeitsteilung zwischen Frauen entstanden. Teilweise wird Betreuungs- und Sorgearbeit nun an bezahlte Care-Arbeiterinnen «ausgelagert», zum Beispiel die Betreuung und Pflege betagter Menschen in ihrer privaten Umgebung. So dehnt sich der prekäre Niedriglohnsektor auch auf die Hausarbeit

aus und Care-Arbeit wird unter Frauen entlang von Klassen, Herkunft und Nationalitäten umverteilt.

Gleichzeitig wird Care-Arbeit aber auch in Haushalte rückverlagert, indem ehemals öffentlich organisierte Care-Arbeit in die Privatsphäre delegiert wird. So werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt PatientInnen bereits wenige Tage nach medizinischen Eingriffen aus dem Spital entlassen. Zu Hause sind es dann meist Frauen, die sich um das Auskurieren von Familienmitgliedern oder NachbarInnen kümmern. Die auch in Spitälern zu wenig anerkannte Pflegearbeit wird auf diese Weise noch weniger anerkannt: als unsichtbare und nicht bezahlte Arbeit.

Sarah Schilliger plädiert unter anderem für eine sorgende Gesellschaft. Gute Care-Arbeit benötigt Zeit. Sie kann nicht immer schneller geleistet werden, sonst leidet die Qualität. Daher sollte vermehrt über ein grundlegend neues Verhältnis zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit nachgedacht werden. Es braucht Zeitstrukturen, um die Erwerbs- und Sorgearbeit ohne andauernde Überlastung besser vereinbaren zu können.

Dementsprechend verlangen die SGB-Frauen in einer Resolution, dass zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie korrekte Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die eine gute Care-Arbeit ermöglichen. Bezahlte Pflegearbeit muss eine allen zugängliche, qualitativ hochwertige und öffentlich finanzierte Aufgabe des Service public sein – Kinder, betagte und alte Menschen haben ein Anrecht darauf. Care-Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten sollen dem Arbeitsgesetz unterstellt und so der Prekarität entzogen werden. Zudem muss unbezahlte Care-Arbeit als Arbeit anerkannt und in den Sozialversicherungen angemessen berücksichtigt werden.

Auch Elinor Odeberg von der schwedischen Gewerkschaft Kommunal legte in ih-

rem Referat dar, dass für die ausserhäusliche Kinderbetreuung, den Elternurlaub oder die Betagtenpflege der Service public zu verpflichten sei. In Schweden wurde das bereits umgesetzt. Das hat nicht zuletzt dazu geführt, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Schweden hoch ist. Die sozialstaatlichen Einrichtungen haben die Frauen von unbezahlter Betreuungs- und Sorgearbeit befreit und ihnen eine hohe Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt sowie ökonomische Unabhängigkeit ermöglicht.

Die schwedische Gewerkschafterin hob weiter hervor, dass Verkürzung der vollen Erwerbsarbeit nicht nur als Antwort auf die Absenz der Männer bei der unbezahlten Care- und Haushaltsarbeit gesehen werden darf. Die politische Forderung nach Arbeitszeitverkürzung muss einhergehen mit einem gesellschaftlichen Wandel. Stereotypisierungen der Geschlechter und Diskriminierung von Frauen in Bezug auf Erwerbs- und Sorgearbeit für Angehörige müssen überwunden werden.

Gegenwärtig wird in Schweden der Sechsstundenarbeitstag bei vollem Lohn getestet – und die Erfahrungen seien gut, so Elinor Odeberg. Es zeige sich, dass die Produktion nicht gesunken ist. Im Gegenteil, die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist der Arbeitsleistung zuträglich. Nicht zuletzt, weil es den Menschen gesundheitlich besser geht. Zwar müssen die Unternehmen zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, was zweifelsohne mit Kosten verbunden ist. Demgegenüber steigt aber die Produktivität und die Kosten für Erwerbslosigkeit und Krankheit sinken. Wie das Beispiel Schweden zeigt, kommen kürzere Erwerbsarbeitszeiten einer menschenwürdigen Wirtschaft zugute.

Zurzeit sind in der Schweiz aber gegen- teilige Bestrebungen im Gang: Überlange Zeiten der Erwerbsarbeit und hoher Ar-

beitsdruck sind die Realität, entsprechende Schutzbestimmen geraten unter Druck. Neue Formen der Erwerbsarbeit wie Tele-Arbeit und Home-Office sowie die im Parlament geforderte Aufweichung der Arbeitszeitbestimmungen tragen zur Entgrenzung der Erwerbsarbeit und zu längeren, unregelmässigen Arbeitszeiten bei. Diese Entwicklung steht der besseren Vereinbarung von Erwerbstätigkeit, Sorgearbeit und anderen gesellschaftlichen Beschäftigungen diametral entgegen. Die Gewerkschafterinnen sind sich einig, trotz politischer Widrigkeiten muss die politische Arbeit hin zu einer Verkürzung der vollen Erwerbsarbeitszeit auf 35 Stunden geführt werden, um danach eine 30-Stunden-Woche zu erstreiten. In einer Resolution fordern sie: «Wider die Entgrenzung der Erwerbsarbeit: Maximal 35 Stunden Vollzeit statt Teilzeitfalle!».

In einer weiteren Resolution sprachen sich die SGB-Gewerkschafterinnen gegen die immer noch existierende Lohndiskriminierung aus. Eine Forderung, die seit dem Frauenstreik von 1991 gebetsmühlenartig wiederholt werden muss. Es ist mehr als inakzeptabel, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts für gleichwertige Arbeit weniger verdienen. Dies lässt sich weder durch die gläserne Decke noch durch die Übernahme von Haus- und Familienarbeit erklären, sondern liegt allein am Geschlecht. Frauen werden in ihren Leistungen schlicht und einfach unterschätzt. Demnach fordern die Gewerkschafterinnen unmissverständlich, dass der Verfassungsgrundsatz für Lohngleichheit wie auch das Gleichstellungsgesetz zu respektieren sei. Für sie gilt klar die Devise: Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Weiter verlangen die Gewerkschafterinnen nach der Ablehnung der Vorlage zur Altersvorsorge 2020 im Herbst 2017, dass

die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ohne Erhöhung des Frauenrentenalters ausgebaut werden muss. Diese Forderung ist deshalb von Bedeutung, weil die Vorlage zur Altersvorsorge 2020 eine Erhöhung des Frauenrentenalters ohne jede Kompensation vorsah. In den vergangenen Jahrzehnten zeigte sich auch, dass die AHV für Frauen die bessere Altersvorsorge ist. Sie ist die einzige Altersversicherung, die Erziehungs- und Betreuungsarbeit der Frauen bei der Rentenberechnung berücksichtigt.

Schliesslich wird die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verurteilt. Hierzu wird eine klare Haltung formuliert: Es gibt keine Spiel- und Interpretationsräume, sondern es gilt Nulltoleranz. Die Gewerkschafterinnen rufen aber auch zu internationaler Solidarität auf und fordern Schutz und Gewerkschaftsrechte für Heimarbeiterinnen weltweit. Als Folge der Globalisierung verlagern sich Produktionszweige in den Süden, womit eine Verschiebung vom formellen in den informellen Bereich einhergeht. Dort nähern Heimarbeiterinnen unsere Kleider unter äusserst schlechten Arbeitsbedingungen und in aller Regel ohne Rechtsschutz. Auf diese Weise sparen Auftraggeber aus dem reichen Norden Kosten für Löhne und Sozialversicherungen. Die Gewerkschafterinnen betonen in ihrer Resolution, dass auch die Schweiz in der globalisierten Produktionskette Verantwortung trägt. Selbst die Schweizer Regierung stehe in der Pflicht, sich für Arbeits- und Gewerkschaftsrechte der Heimarbeiterinnen im Süden starkzumachen.

Therese Wüthrich